

Linksfraktion.PDS, SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Bürgerfraktion

Antrag Nr.:

Datum: 20.12.2007

Interfraktioneller A N T R A G

Landeshauptstadt Dresden					
Büro des Oberbürgermeisters - Abt. Stadtratsangelegenheiten					
PD	VV/VVV	Nr.: 29		zK	zSt
AD	Fin.			zErl	bR
PetA	Sekr.	03. JAN. 2008		WV	
▲Ret X				zA	
				Vermerk: <i>uno</i>	
CDU	BÜ 90	LINKE	BF		
PDS	SPD	FDP	o. F.		

Gegenstand:

Einführen eines Sozialtarifs – Sozialticket

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, schrittweise Voraussetzungen für die Einführung eines Sozialtickets in Dresden ab 01.01.2009 unter Berücksichtigung folgender Kriterien zu schaffen.

- Sonderregelung für einen festgelegten Personenkreis zum Erwerb von ermäßigten persönlichen, nicht übertragbaren Fahrkarten von bis zu 50 % Ermäßigung des bestehenden ÖPNV Tarifs
- Berechtigter Personenkreis:
 - Empfänger von Leistungen nach SGB II
 - Empfänger von laufenden Leistungen nach dem SGB XII
 - Empfänger der Grundsicherung im Alter
 - Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG
- Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf den Stadthaushalt unter Einbeziehung des bisher im Dresden-Pass enthaltenen Leistungsumfangs zum Erwerb von Dauerfahrkarten
- Verwaltungsorganisatorisches Verfahren zur Genehmigung und Erhalt des Sozialtickets auf Grundlage von Erfahrungen anderer deutscher Städte und Landkreise

Dem Stadtrat ist bis zum 31.03.2008/30.06.2008 ein schriftlicher Bericht zum Stand der Voraussetzungen – Einführen eines Sozialtickets – vorzulegen.

Empfohlene Gremien:

SG
FL
SR

beratend ---
beratend Federführung
beschließend ---

Begründung:

Der Stadtrat beschloss am 23.03.2006 die Prüfung der Einführung eines Sozialtarifs „Dresden Ticket S“ (Beschluss A0214-SR28-06). Im Zwischenbericht vom Juli 2006 wurden erste Ergebnisse dieser Prüfungen dargestellt.

Die Prüfung der für Dresden völlig neuen Form der Fahrpreisermäßigung setzte sich fort. Bis zum III. Quartal 2006 führte das Sozialamt die Gespräche mit den Betroffenenverbänden, ferner fanden Gespräche mit der ARGE und der DVB AG statt. In der Informationsvorlage des Oberbürgermeisters vom 20.03.2007 wird jedoch die Einführung eines Sozialtickets nicht befürwortet, weil u.a.:

- sich die DVB AG nicht an den erhöhten Kosten beteiligt,
- damit ein Haushaltsrisiko besteht,
- für Dresden-Pass-Empfänger eine Fahrpreisermäßigung im Dresden Pass enthalten ist und
- zwei Vergünstigungssysteme (Dresden Pass plus Sozialticket) zum erhöhten Verwaltungsaufwand führen.

Darüber hinaus beschloss der Stadtrat mit dem Haushalt 2007/2008 die Erhöhung der Mittel für den Dresden Pass von 125.000 EURO auf 213.000 EURO im Jahr 2007 und auf 301.000 EURO im Jahr 2008. Die Nutzer des Dresden Pass erhalten damit eine höhere Ermäßigung in Form der Wertmarke beim Kauf von Zeitkarten der DVB AG. Im Jahr 2007 steigt der städtische Anteil an der Wertmarke von bisher 3 EURO auf 4 EURO und in 2008 auf 5 EURO. Die DVB AG beteiligen sich zur Zeit nicht an dieser Erhöhung.

Jedoch bleibt das seit der Hartz IV Einführung bestehende Problem der deutlichen Einschränkung der Mobilität der Betroffenen weiter höchst aktuell, da die formelle monatliche Mobilitätspauschale von 19 EURO pro Bedarfsempfänger, das entspricht 5,7% des Regelsatzes und soll die Kosten für Bus, Bahn, Fahrrad, PKW und Arbeitsuche abdecken, bei weitem nicht ausreicht. Darauf verweisen Betroffene und Sozialverbände zurecht. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat in seiner Analyse der Regelsatzberechnung 2006 nach dem gesetzlich festgelegten Bestimmungen einen Betrag von 41,70 EURO für die Teilhabe am öffentlichen Verkehr errechnet. Die nach der Einkommens- und Verbraucherstichprobe ermittelten tatsächlichen Ausgaben liegen bei 66 EURO.

Auch in Dresden sind Menschen mit niedrigem Einkommen auf die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs besonders angewiesen, und dieser Personenkreis ist höher als jener, der bisher vom Dresden-Pass abgedeckt wird.

So haben verschiedener Städte und Landkreise, wie Berlin und der Landkreis Dahme-Spreewald bereits ein Sozialticket eingeführt. Deren Erfahrungen sollten genutzt werden.

Auf der Basis konkreter Verhandlungen mit der Dresdner Verkehrsbetriebe AG, der ARGE und den Betroffenenverbänden sollte das Angebot eines Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen auch in Dresden möglich sein.



Dr. Ralf Lunau
Linksfraktion.PDS



Dr. Peter Lames
SPD-Fraktion



André Schollbach
Fraktion DIE LINKE



Christoph Hille
Bürgerfraktion